

Neue Zürcher Zeitung

Mittwoch, 1. April 2020, von Antonio Fumagalli

So kam Frankreich zu den Plätzen in Schweizer Spitälern – im Gegensatz zu Italien

Mehr als 30 Covid-19-Patienten aus dem Krisenherd Elsass werden derzeit in verschiedenen Kantonen behandelt



Französische Covid-19-Patienten werden teilweise mit Armeehelikoptern in die Schweiz geflogen. Christian Hartmann / Reuters

Am Freitag vor zehn Tagen sah Brigitte Klinkert, Präsidentin des französischen Département Haut-Rhin, keinen anderen Ausweg mehr. Die medizinische Lage in der Region hatte sich aufgrund des grassierenden Coronavirus derart verschlechtert, dass sie sich zu einem Hilferuf entschloss. Sie verfasste eine Mail und schickte sie ins deutsche Bundesland Baden-Württemberg sowie an die Regierungspräsidenten der Schweizer Kantone Basel-Stadt, Baselland und Jura. Klinkert fragte darin an, ob diese bereit wären, einige Covid-19-Patienten in ihren Intensivpflegestationen aufzunehmen – die Spitäler im Elsass sind schon seit Wochen am Anschlag. «Ich war alles andere als sicher, dass unsere Bitte erhört würde», sagt sie heute.

Die Anfrage landete noch am selben Tag auf dem Pult des Basler Gesundheitsvorstehers Lukas Engelberger. «Mir war klar: Wenn wir Kapazitäten haben, müssen wir helfen – das ist auch eine ethische Pflicht», so der CVP-Regierungsrat. Ein solcher Schritt lässt sich jedoch nicht im Handumdrehen vollziehen. Engelberger sprach sich mit den Amtskollegen der beiden Nachbarkantone ab, nahm mit den Spitalleitungen Kontakt auf und trug das Anliegen in die Basler Gesamtregierung. Widerstand gab es nicht, und auch der Bund hatte keine Einwände.

So entschieden Basel-Stadt, Baselland und Jura nur Stunden nach dem Hilferuf aus dem Elsass, für den Patiententransfer von ennet der Grenze grünes Licht zu geben. Die Auslastung der jeweiligen Spitäler erlaubte es den drei Kantonen, je zwei Covid-

19-Patienten in ihren Intensivpflegestationen aufzunehmen. Bedingung: Es sollen Personen sein, deren Heilungschancen intakt sind. «Sie nehmen hochkomplexe Intensivpflegeplätze in Anspruch, also soll sich das auch auszahlen», so Engelberger. Die Département-Präsidentin Klinkert wirkt noch immer bewegt, wenn sie vom Telefonanruf erzählt, bei dem ihr die positive Nachricht übermittelt worden sei. Man werde die «Hilfeleistung unserer Freunde» nicht vergessen. Die Arbeit war damit noch nicht erledigt – sie verlegte sich von der politischen aber vermehrt auf die medizinische und logistische Ebene. Die Spitäler in Frankreich und der Schweiz nahmen miteinander Kontakt auf, um die notwendigen Informationen zu den ausgewählten Patienten auszutauschen. Und die Transportmöglichkeiten mussten abgeklärt werden. Keine einfache Angelegenheit im schwer getroffenen Elsass: Denn der Grossteil der Patiententransfers findet weiterhin innerhalb von Frankreich – teilweise gar mithilfe von Hochgeschwindigkeitszügen – statt, was entsprechende Kapazitäten bindet. Zudem sollten schwer erkrankte Personen nicht länger als zwei Stunden in einem Ambulanzfahrzeug verbringen müssen. Die ersten Patienten trafen somit erst Tage nach Eingang der Anfrage in den Nordwestschweizer Kantonen ein – per Helikopter und Krankenwagen.

In der Zwischenzeit hatten sich auch die französische Botschaft in Bern sowie die Konsulate in Zürich und Genf eingeschaltet. Sie setzten sich ebenfalls mit den Elsässer Behörden in Verbindung und erfuhren, dass der Bedarf an Patiententransfers noch weitaus grösser ist als die von den Nordwestschweizer Kantonen bereitgestellten sechs Plätze. Also meldeten sich die Vertreter Frankreichs bei den Gesundheitsdepartementen fast aller Regionen der Schweiz – mit Erfolg. Über zehn Kantone, vom Thurgau bis nach Genf, haben sich zur Aufnahme von Patienten aus dem Haut-Rhin bereit erklärt.

Teilweise seien auch verhältnismässig simple, aber essenzielle Dienste wie die sprachliche Vermittlung zwischen den französischen und Deutschschweizer Institutionen notwendig gewesen, erklärt Botschafter Frédéric Journès. Gemäss Angaben des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) werden derzeit mehr als 30 Patienten aus Frankreich in der Schweiz gepflegt, weitere Transfers würden geprüft. Insgesamt befinden sich, verteilt auf Deutschland, Luxemburg und die Schweiz, mehr als hundert elsässische Covid-19-Erkrankte in ausländischer Behandlung.

Frankreich muss bezahlen

Das BAG, das über die grenzüberschreitenden Aktionen zunächst vor allem informiert wurde, nimmt mittlerweile eine aktivere Rolle ein. Seit Anfang dieser Woche werden Anfragen aus dem Ausland zentral beim Bund gesammelt und danach vom koordinierten Sanitätsdienst analysiert. Dieser setzt sich in der Folge mit den Kantonen, die für die Aufnahme von (weiteren) Covid-19-Patienten infrage kommen, in Verbindung. Gemäss der bundesrätlichen Verordnung zur Bekämpfung des Coronavirus sind diese verpflichtet, dem Sanitätsdienst unter anderem die Auslastung der relevanten Spitalbetten mitzuteilen. «Diese Informationen bilden die Basis für die Entscheidung über allfällige Patiententransfers», schreibt das BAG.

Klar ist: Die Kantone können ihre Intensivpflegeplätze nur so lange zur Verfügung stellen, wie sie nicht an einen kritischen Punkt gelangt sind und die Betten möglicherweise selbst brauchen. Basels Gesundheitsdirektor Engelberger sagt, er könne garantieren, dass derzeit kein Erkrankter von einer Behandlung ausgeschlossen werde, weil ein

transferierter Patient den Pflegeplatz «besetzt». Und die Département-Präsidentin Klinkert versichert, dass sie «selbstverständlich nachvollziehen» könnte, wenn die französischen Anfragen eines Tages abschlägig behandelt werden sollten. Man sei um jede Hilfe froh.

Finanzielle Überlegungen dürften dabei kaum eine Rolle spielen, denn für Frankreich könnte die Hilfeleistung teuer werden. Die rechtliche Grundlage der Patiententransfers – der erst im Dezember 2019 in Kraft getretene Vertrag zwischen Frankreich und der Schweiz zur «grenzüberschreitenden Gesundheitskooperation» – definiert nämlich, dass die Kosten sowohl für die Behandlung als auch für den Transport von Notfallpatienten vom Herkunftsstaat getragen werden. Die Nordwestschweizer Kantone und der Bund sagen, dass man die finanziellen Aspekte zu einem Zeitpunkt kläre, da die Krise sich entspannt habe. Gemäss geltendem Recht können sie Frankreich aber zur Kasse bitten.

Stecken Interessen dahinter?

Für eine Entlastung dankbar wäre mit Sicherheit auch das besonders krisengeschüttelte Norditalien – seit Wochen das europa- und sogar weltweite Zentrum der Corona-Pandemie, wie die schrecklichen Bilder aus den lombardischen Spitälern regelmässig vor Augen führen. Das BAG schreibt, dass es alle aus dem Ausland eingehenden Anfragen für eine Übernahme von Patienten prüfe. «Gemäss unserem Wissensstand» würden derzeit aber lediglich Patienten aus Frankreich in der Schweiz behandelt, heisst es.

Warum eigentlich? Die Antwort ist vermutlich lapidar: Es ist schlicht keine entsprechende Anfrage aus Italien eingetroffen. Angesichts seiner geografischen Lage wäre, zumindest zu einem früheren Zeitpunkt, am ehesten das Tessin infrage gekommen. Doch auch im Südkanton weiss man nichts von einem Hilferuf aus Italien, wie die zuständige Pressestelle ausrichtet. Die italienische Botschaft in Bern reagierte weder telefonisch noch per Mail auf eine Anfrage.

Bleibt die Frage, warum sich verschiedene Schweizer Kantone zur Übernahme von französischen Patienten bereit erklärt haben. Ist es wirklich die «enge Verbundenheit mit den Nachbarstaaten» und die «humanitäre Tradition der Schweiz», wie das BAG schreibt, oder stecken doch handfeste Interessen dahinter – etwa, dass Grenzgänger weiterhin hindernisfrei in den Schweizer Spitälern arbeiten können oder keine neuerlichen Medizinaltechnik-Lieferungen blockiert werden?

Basels Gesundheitsvorsteher Engelberger sagt, sein Kanton habe «selbstverständlich ein Interesse daran», dass die Grenzen für den Berufsverkehr offen blieben. Die Unterstützung sei aber Ausdruck von Solidarität und «keinesfalls im Sinne eines Deals zu verstehen». Frankreichs Botschafter Journès seinerseits betont die Dankbarkeit gegenüber dem hiesigen Gesundheitssystem. Das Land mit dem weissen Kreuz im Wapen handle im «humanitären Geist des Roten Kreuzes».